

Bezugspreise:
Für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Anzahlung 7.50 Mark, vierteljährlich
22.50 Mark, durch die Post monatlich
8.25 Mark, die halbjährlich 24.75 Mark.
Einschl. Zustellungsgebühren. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlich, Zeitungsgewerkschaftsamt
Ecole-Zeitung eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Rücksende nur mit des
Erstsenders, Ecole-Zeitung, ge-
postet. Fernr. der Schriftleitung
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1133
u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

Morgen-Ausgabe.

Zeitung

Fünfundanzigster Jahrgang.

Anzeigengebiet
Die 8 gepaltene 34 mm breite Millie-
meterseite über deren Raum 60 Pf.,
Sammleranzeigen 40 Pf., Restraum
die 22 mm breite Millimeterseite
1.50 Mark Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle an. (Sämtliche
Anzeigengeschäfte Erfüllungsort)
Halle, Erstausgabe täglich 2 mal,
Samstag und Sonntag 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Promen-
ade 1a, St. Brauhausstr. 17.
Leben- u. Geschäftsstellen: Große
Marsstraße 51 und Markt 24.
Verlags-Konto Leipzig Nr. 4004

Nr. 141.

Halle, Freitag den 25. März 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Belagerungszustand in Oberschlesien.

Die Einkreisung des Ruhrgebiets durch die Alliierten.

Politische Karfreitagsgedanken.

Von

Staatsminister a. D. Dietrich, M. d. R. u. L.

Wie vor mehr als zwei Jahren das deutsche Kaiserreich
zum erstenmal, da glaubten manche Illusionisten, nimm-
her, nachdem der Krieg verloren und das Kaiserreich zerbrochen,
werde ein goldenes Zeitalter der Freiheit und des Glü-
cks anbrechen. Und als wir unter Freiesinnigen den wahren
Vertrag von Versailles unterschrieben, war ein großer Teil
des deutschen Volkes, das die Wichtigkeit der gegner-
ischen Forderungen nicht kannte, der Meinung, es würde
in Halle gelingen, einen Boden zu finden, auf dem das
deutsche Volk sich wieder emporarbeiten könnte. Wä-
stun wir von dort her, daß jene Träumer der Revolution
an einem Abgrund stünden, so wußten wir heute auch, daß
die Leidtragenden, welche vermeinten, der Friedensvertrag
sei eine geeignete Grundlage des Wiederaufbaus, auf der
ganzen Seite unrettbar gehalten haben. Zwei Jahre schweren
Kampfens sind vergangen. Wichtige Verhandlungen mit
unseren Gegnern bezweckten, Klarheit über unser Schicksal
zu schaffen. Nichts war das Ergebnis. In dieser Lage der
Dinge steht das deutsche Volk das Osterfest an. Und
sein Schicksal, unter dem schweren Leidensdruck, daß alle
Arbeit unrettbar wieder arbeitslos gewordenen Volkes
niemals umsonst geleistet wird, niederliegt nur unsern Gegnern
nützt. Aber doch nicht hoffnungslos. Denn das wissen wir
heute, — auch unsere Gegner wissen es, obwohl sie es nicht
zugestehen vermögen — daß unser Schicksal zugleich das
Schicksal des europäischen Kontinents ist. Ohne große
deutsche Leistungen an Fronten und im Innern, ohne
schwerste getroffene Land wirtschaftlich und finanziell sich
nicht erholen. Ohne deutsche Arbeit kann der Trümmer-
haufen, den die ehemaligen Großmächte: Rußland und
Völkerkriegs-Üngarn heute darstellen, nicht aufgeräumt
werden. Wohl geht es uns schlecht. Ob es erst haben die
Gegner neue Gewaltmaßnahmen, Gen. „Sanktionen“, gegen
uns verhängt und glaubt mit roher Gewalt ihren Willen
und ihre Forderungen durchsetzen zu können. Das deutsche
Volk hat aber seine Herzen, die es leider gegen Ende des
Krieges und in der Revolution völlig verloren hatte, so weit
wieder beieinander, daß es diesen Gewalttaten standhaft in
dem Bewußtsein, daß sie dem Gegner mindestens ebenso sehr
schaden, wie uns selbst. Und dankbar muß das Verhalten der
nordwestlichen Gebiete anerkannt werden, welche das
Interesse des Vaterlandes über ihre eigenen Sorgen stellen.

Im Kampfe um einen erträglichen Ausgleich mit den
Feinden ist ein Moment herangezogen, auf das wir bauen
müssen. Hat man uns auch im Friedensvertrag das Ge-
ständnis erpreßt, daß wir die Kriegsschuldigen seien, so ver-
mochte das nicht zu verhindern, daß nimmermehr die deutsche
Regierung vor dem Forum der gesamten Menschheit die
Frage aufwirft, wer denn nun in Wahrheit der schuldige Teil
an der europäischen Katastrophe der vergangenen Jahre
ist. Wir haben die Macht der Ideen früher erkannt und
erst der Krieg hat uns gelehrt, welche Macht selbst falsche
Ideen zu haben vermögen. Eine ganze Welt ist gegen uns
zusammengestanden in der wahren Meinung, das
deutsche Volk ist in seiner überwindlichen Masse und vor
allem in seiner Leitung ein ererbungsunfähiger böswilliger
Staat, der seine Interessen mit Gewalt durchzusetzen ver-
sucht. Mit dem Ruf „gegen den preußischen Militarismus und
die kaiserliche Despotie in Deutschland“ ist der Krieg
von unsern Gegnern geführt und letzten Endes gewonnen
worden. Daraus müssen wir lernen. Der Friedensvertrag
ist nur haltbar, wenn das Fundament, die Festigung der
Schuld Deutschlands am Krieg, fällt. Fällt dieses Funda-
ment, dann fällt das ganze Gebäude über den Haufen. Hier
handelt es sich um die große Frage, wird die Wahrheit sich
durchsetzen und wird das ungeheure Lügegebäude von
Verfallenen stehen, oder einstürzen? Schon bangt den
Entenlebensmännern davor, daß eines Tages die Grund-
lage ihrer Vergewaltigung Deutschlands vor der Macht der
Tatsachen zerfallen muß und schon suchen sie sich andere
Weg, die über Deutschland aufgerichtete Kränche zu
behalten. Die Wahrheit ist aber auf dem Marsch. Um
sie zu kämpfen ist die Lebensaufgabe des deutschen Volkes,
nachdem es im verführerischen Augenblick die Waffen aus der
Hand gelegt hat und sich so in die Hände der Gegner ge-
geben hat.

Das deutsche Volk kämpft einen schweren
Kampf. Nicht um sein Recht und seine Lebensdinge
allein. Nein, auch um den Gerechtigkeitge-
danken in der Welt überhaupt. Und am heutigen
Karfreitag wird es stark finden in dem Glauben,
daß es schon in weit zurückliegender Bergan-
genheit nicht möglich war, dem Gebanten der

weltumspannenden Gerechtigkeit und Liebe
zu erlösen, indem man ihren Träger dem
Mazarener, aus Kreuzigung.

Neues vom Kommunistenputsch.

Daß das Attentat auf die Berliner Sieges-
säule den Auftakt zu dem großartig angelegten Kommu-
nistischen Putsch zur Entloftung Sowjetrußlands bilden sollte,
wird jetzt immer offenkundiger. Anders wäre dieser Auf-
schlag mehr als sinnlos. Die am Montag im Hause des
Kunstmalers Heinrich Wolff in Kreuzfeld, im Wasser, fest-
genommenen Kommunisten sind fast sämtlich als
Führer oder Mitarbeiter verurteilt und zum Teil
geständig, den Aufschlag auf die Siegessäule geplant oder
darum bemüht zu haben. Nach den bisherigen Geständnissen
ist das Attentat in einer Versammlung der Kommu-
nistischen Arbeiterpartei beschlossen worden.
Um den Plan genau zu befrachten, versammelten sich
in der Nacht zum Sonntag, 12. März, etwa 10—12 Personen
in einem Quartier, wo sie die ganze Nacht zusammenblieb-
en. Morgens um 4 Uhr begaben sie sich in geteilten Trupps zur
Siegessäule. Das Ziel wurde von einem der Beteiligten
ausgeschlossen und darauf begaben sich mehrere Mitglieder
in die Siegessäule, um den Karton unterzubringen und die
Zündschnur in Brand zu setzen. Die übrigen hielten unter-
dessen Wache in der Nähe. Nachdem der Karton aufgestellt
und die Zündschnur angebracht war, entfernten sich die
Täter, ebenso ihre wachhabenden Genossen. Infolge eines
Fehlens im Material verzögerte die Flamme der Zündschnur
und die Explosion erfolgte nicht.

Auch die Bombenanschläge in Sachsen hängen
mit der Bewegung zweifellos zusammen. Der sächsische
Ministerpräsident hat machte in einem Gespräch
mit einem Pressekorrespondenten die Mitteilung, daß im Minis-
terium schon vor einigen Tagen vertrauliche
Nachrichten eingelaufen seien, daß mit Ge-
walttaten gerechnet werden müsse. Der
Minister des Innern, Lipinski, habe deshalb am
22. März die nötigen Anweisungen an alle Polizei-
und Sicherheitsbehörden ergehen lassen. Gerade in Dresden seien
die erforderlichen Maßnahmen getroffen worden. Der
Ministerpräsident erklärte weiter, daß er auch mit dem
Minister des Innern eingehende Besprechungen über die
Lage gehabt habe, und daß von Seiten des Ministeriums
alles getan sei, um eine Wiederholung der Verbrechen zu
verhindern. Der sächsische Ministerpräsident hat am
Donnerstag im Namen des Gesamtministeriums folgen-
den Aufruf erlassen: „In keiner heutigen Sitzung nahm
das Gesamtministerium zu den verbrecherischen Gewalttaten
der letzten Tage Stellung. Die Regierung ist über-
zeugt, daß die Anschläge und Gewalttaten in Sachsen
wie in übrigen Deutschland Einheitslichkeit
und Panamäigkeit des Vorgehens beweisen.
Die gesamte Bevölkerung ist sich einig darüber, daß durch
solche verbrecherischen Taten Not und Elend nicht beseitigt,
sondern vergrößert werden. Die vom Ministerium des
Innern bereits am 22. März angeordneten Sicherungsmaß-
nahmen haben die einmütige Billigung des Gesamtminis-
teriums gefunden. Die weiteren Anordnungen sind gemein-
sam getroffen worden, daß mit den vorhandenen
Mitteln alles geschehen wird, um
weiteren verbrecherischen Anschlägen ent-
gegenzuwirken und die Schuldigen zur Rechenschaft zu
ziehen. Die Bevölkerung wird solche weiteren nötig werden-
den Maßnahmen der Behörden unterstützen.“

Die Lage in Mitteldeutschland.

Erfolgreicher Vorstoß gegen Eisleben.

Die Barrikaden von der Polizei zerlegt. — Der Bahnhof
wieder frei. — Planmäßige Kettentransporte der roten Armee.

Eisleben, 24. März. (Privattelegramm.) Nach heftigen
Kämpfen, die seit gestern abend währten, hat die für den
Eisleben des Schicksals bestimmte Sipovertreibung heute nachmittag die
Arbeiter an der Westseite der Stadt, die sich ihnen entgegenstellten,
überwältigen können. Die Barrikaden, die von den Arbeitern er-
richtet worden waren, wurden mit verhältnismäßig ge-
ringen Verlusten gestürmt und eine große Zahl
Gefangene gemacht, die jetzt dazu verwendet werden, die
Hindernisse auf den Straßen zu beseitigen. Das Seminar, wo ein
Teil der Sipo eingeschlossen war, konnte entsetzt werden, dagegen
konnte gegen die Mädchenschule, die noch immer besetzt
wird, noch nicht vorgegangen werden. Der Bahnhof ist nun den
Truppen wieder besetzt worden. Die Straßen werden von letzten
Patrouillen durchzogen, die immer neue Gefangene machen. Der
Eisenbahnverkehr konnte noch nicht wieder aufgenommen werden,

da noch das Gelände jenseits des Bahnhofs von den Aufständern
gehalten wird.

Bezeichnend für die Planmäßigkeit des Vorgehens der Kom-
munisten ist folgendes: Die Streikenden haben in den Rumböckern
von Eisleben wieder, wie bei den letzten Kämpfen, richtige Trup-
penanordnungen veranstaltet. Durch Trommelgeschlag wurde be-
kannt gemacht, daß sich alle Arbeiter zum 20., in manchen Dörfern
jogar zum 15. Lebensjahre bis zum Alter von 40 oder 50 Jahren
zur Verfügung zu stellen hätten. Die neuen Kräfte wurden dann
mit den in den Schächten verstreut ge-
haltenen Waffen versehen.

Im allgemeinen lauten die Nachrichten, die aus der Umgegend
kommen, beruhigend. Bei den Behörden ist man überzeugt, daß
der uninnige Wut nicht zusammenbrechen wird. Die Geisteser-
regung so mancher Vertriebenen, die sich an dem Zuge gegen Eis-
leben beteiligen haben, kann man aus den Reden erkennen, mit
denen sie die Zeitungsblätter unter sich ermahnen, ja nirgends
die maßlosen Anklagen zu beschließen: Nichts perfid, denn
jetzt hat die Zeit begonnen, wo es das alles gehört, alle Fabri-
ken, alle Druckereien usw. Die Leute, die durch ihre Worte tag-
täglich irreführen werden und vor verlorene Wägen von der Welt
gezielt bekamen, glauben tatsächlich fest und fest, durch ihren
Ausland von Eisleben aus in Deutschland die Sowjet Herrschaft
aufzuheben!

Ob der Brand, der die Kassen in Helms und Mansfeld plün-
derte und dann in Leubsdorf in dem geraubten Auto abgefahren
wurde, tatsächlich der benötigte Holz ist, steht noch nicht einwand-
frei fest. Die Staatsanwaltschaft konnte eine genaue Auskunft noch
nicht geben, da der Verhaftete jede Aussage über seine Person ver-
weigert. Er wurde gestern nachmittag nach Magdeburg überge-
führt. Sonst liegt darüber noch folgende Nachricht vor, die unsere
bisherige Mitteilung bestätigt:

Holz der Führer der Mansfelder Kämpfer?

Quedlinburg, 24. März. Gestern gelang es der Polizei, hier
ein Auto aufzufinden, in dem drei Kommunisten größere Ge-
schulden, die sie im Mansfelder Gebiet aus Banken und Banken
geraubt hatten, in Sicherheit bringen wollten. Das Auto war
einem Besitzer in Thonberg (Kr. Mansfeld) unter Druckungen
abgenommen worden. In dem Auto befanden sich Marz Söll,
der Dresdener Kommunist Fritz Grünberg und Wolfesaus
Müller, der Bruder des hiesigen Kommunistenführers Stanis-
laus Müller. Von dem geraubten Gelde wurden etwa 4000 M. L.
in dem Auto vorgefunden, außerdem mehrere Handgranaten.
Die Kommunisten waren mit Krammings bewaffnet. Ein
anderes Auto das Waffen enthielt, war unterwegs umgekehrt.

In Halle

Ist es bisher den Behörden nicht gelungen, dem Streik in größerem
Umfange Eingang zu verschaffen. Die Stimmung in den Eisen-
schwerindustrie ergab gestern mittag 600 Stimmen gegen, 400
für den Streik. Dagegen sind schon im Laufe des gestrigen Vor-
mittags die Güterbodenarbeiter in Aussicht getreten, nicht auf
Grund eines Abstimmungsresultates, sondern infolge des Drucks,
den Streikende von auswärts auf die Leute ausübten. Man rech-
net jedoch bestimmt damit, daß die Güterbodenarbeiter am Sonn-
abend die Arbeit wieder aufnehmen.

Eine Witz Ueberrückung

brachte aber der hallischen Bevölkerung der Streik der sächsischen
Arbeiter. Am Abend gab es kein Gas und kein Wasser. Die
selben Werke lagen still. Hier handelt es sich um einen wirt-
schaftlichen Streik, der an sich mit dem großen politischen
Streik in Mitteldeutschland nichts zu tun hat. Die Arbeiter der
mehreren sächsischen Betriebe haben, als ihnen nicht bis 12 Uhr die
verlangte Wirtschaftsbeihilfe von 200 Mark pro Kopf vom Magis-
trat zugewiesen war, einfach die Betriebe verlassen. So ist das
auch von den Arbeitern der Gas- und Wasserwerke geschehen.
Ges gab es deshalb am Abend nicht, und das Wasser lief nur in
den niedriger gelegenen Stadtteilen. Das Elektrizitätswerk
verarbeitet.

Das Eislerische-Märchen. Ein Leser schreibt uns: „In Nr. 67
des „Klassenkampf“ wird behauptet, Forststr Eislerich sei in Raum-
burg mit Kapitän Ehardt zusammengekommen und habe dort
den Feldzugsplan gegen die mitteldeutsche Arbeiterchaft aus-
gehört. Daraus ist kein wahres Wort. Der „Klassen-
kampf“ hat dies willkürlich, um die Arbeiter aufzuspannen. Da
die Arbeiter weder dem Ruf des Eislerischen Streikes, noch der Barri-
kade zur Formierung von Bataillonen Folge leisten wollen, so muß
der „Klassenkampf“ schon keine Anhänger durch falsche Mitteilun-
gen dieser Art benutzen, um wenigstens da und dort
Anfang zu finden. Wann werden die Arbeiter endlich lesen, daß
ja von ihren Führern durch solche Methoden aus milderem sein
handelt und zu ihrem eigenen Schaden mißbraucht werden?“

Die Verhängung des Ausnahmezustandes, der auch des Ge-
schehens des hallischen „Klassenkampf“ aus

„Mansfelder Volkzeitung“ ausschließlich wird in folgender amtlichen Bekanntmachung verändert:

Bekanntmachung.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung des Deutschen Reiches hat der Reichspräsident zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Provinz Sachsen den Ausnahmezustand durch Verordnung vom 24. März 1921 erklärt.

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 120, 124 und 126 des Reichsverfassung sind gemäß dieser Verordnung außer Acht zu lassen.

Durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. März 1921 bin ich zum Reichspräsidenten der Provinz Sachsen und meinem Stellvertreter Regierungsrat Kahlmann in Magdeburg ernannt worden.

Magdeburg, den 24. März 1921.

Höring, Oberpräsident.

Verordnung.

Als Regierungskommissar der Provinz Sachsen verordne ich die in der Verordnung vom 24. März 1921 folgende Bestimmungen:

- 1. Alle Versammlungen unter freiem Himmel, alle Zusammenkünfte und Umzüge sind verboten.
- 2. Versammlungen in geschlossenen Räumen müssen mindestens 6 Stunden vorher unter Angabe der Tagesordnung und der Namen der zuruforderten Teilnehmer gemeldet werden. Dieser Bericht soll die Natur der Versammlung und die Anwesenheit enthalten.
- 3. Die in Halle erscheinende Zeitung „Der Klassenkampf“ und die in Gießen erscheinende „Mansfelder Volkzeitung“ werden verboten.
- 4. Der Verkauf und Vertrieb der „Roten Fahne“ aus Berlin und der „Kämpfe“ aus Magdeburg werden verboten.
- 5. Der Verkauf von Schuss, Hieb- und Stichwaffen und der Handel mit diesen ist verboten. Ausgenommen ist der Verkauf an Personen, die einen entsprechenden Passchein besitzen. Vor dem Verkauf ist jedoch der Passchein der Polizeiverwaltung vorzulegen.
- 6. Das Tragen von Waffen „offen oder verdeckt“ auf öffentlichen Straßen und in Versammlungen ist auch für die Besitzer von Waffenscheinen verboten. Ausgenommen von dieser Bestimmung sind die Beamten der Polizei, des Sicherheitsdienstes, Post- und Telegraphenämter, sowie die Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft.
- 7. Die Besitzer von Schusswaffen, sofern sie nicht im Besitze eines Waffenscheines sind, und die Besitzer von Hieb- und Stichwaffen, Munition, Sprengstoffe, Dynamit haben diese innerhalb 3 Stunden nach Veröffentlichung dieser Verordnung an die Polizeiverwaltung abzugeben. Bei diesen Abhandlungen zweckmäßig, oder zu Zweckverhandlungen auffordert, oder anweist, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Haft oder Geldstrafe bis zu 15000 M. bestraft.

Magdeburg, den 24. März 1921.

Der Regierungskommissar.

Höring, Oberpräsident der Provinz Sachsen.

Die Lage in Berlin.

Heute mittag sammelten sich vor dem Postgebäude der Klingeberei von Kelling und Thomas in der Adlerstraße etwa 500-600 Personen, die in die Räume eintrudeln versuchten, um die dort beschäftigten Arbeiter zum Auslassung auf, worauf die Teilnehmer in einzelnen Trüpfen nach dem Hauptgebäude der U. G. B. am Gartenplatz zogen, wo sie bei der Vorgang wiederholte. Inzwischen wurde aber auch hier die Schutzpolizei benachrichtigt worden, so daß eine stärkere Abteilung auch diese Ansammlung zerstreute.

Am Abendblättern drang mittags eine kleine Schar Arbeitstrotzer in die Post von Ludwig Loewe ein und versuchte die Arbeiterhaft zum Streiken zu veranlassen. Sie mußte aber unermüdeter Sache wieder abziehen. Da aber die Gefahr einer gewalttätigen Besetzung des Wertes besteht, hat die Firma den Betrieb geschlossen. In einigen Straßen des Nordens und Ostens wurden mehrfach Schutzpolizisten tödlich angegriffen. Heute morgen wurde bei Mietsdorf ein Revolvertrog 200-300 junge Leute im Arbeitsnachweis des Metallarbeiterverbandes Aktionssitzung zu schaffen und für den Betrieb werden mußte. Mit ihrem Appell zur Aktion fanden sie aber bei den älteren Arbeitstrotzern keine Gegenliebe.

Die Regierung hat in Berlin die unangenehmsten Sitzungsmaßnahmen getroffen, um jeden Versuch, auch in Berlin Unruhen herbeizuführen, im Keim zu ersticken. Am heutigen Vormittag fanden bereits in den in Betracht kommenden Stellen Konferenzen statt, die darauf deuten, daß die Regierung fest entschlossen ist, gegen jeden Versuch die sofortigen Maßnahmen zu treffen.

Ein guter Tag.

Berlin, 24. März. (Privattelegramm.) Die Besprechung, bei der die Attentäter auf die Siegesallee überführt und verhaftet wurden, galt neuen Morden. So sollten am morgigen Freitag eine Anzahl fünf militärischer Geübte und weitere Demonstranten, sowie eine Anzahl weitere Teilnehmer in die Luft gesprengt werden. Die Vernehmung der Verdächtigen förderte neues Beweismaterial zutage.

Die Kämpfe in Hamburg.

haben nach neueren Nachrichten etwa dreißig Tote gefordert. In der Vulkanwerft wurde die Arbeit niedergebunden unter dem Vorwand erzwungen, die Werkleitung mehrere hundert Arbeitstrotzer einzuführen. Die kommunistischen Arbeiter verließen jedoch den Betrieb nicht, sondern hielten ihn in sich, um die Besetzung mit Polizei zu verhindern. Ein Teil der Arbeiter machte sich auf den Weg zu der anstehenden Massen demonstration auf dem Heiligengefeld. Die Demonstranten fanden den Giebetunnel durch Schutzpolizei abgesperrt und durch Wachschirme bewacht. Eine Gruppe durchdrang die Reihe der Polizei auf der Steinwälder Seite und versuchte die Mannschaften zu entmannen. Einige der Demonstranten griffen die Polizei tödlich an, worauf die Beamten von ihren Waffen Gebrauch machten und auch Handgranaten warfen. 4 Tote und mehr als 20 Verwundete blieben an dem Tage liegen. Auch die Polizei hatte Verluste. Die Angreifer stürzten darauf nach Wilhelmshöhe zurück und wollten sich dort versammeln, um die Polizei, in letzter Abendstunde nach Hamburg zu marschieren, um die öffentlichen Gebäude zu besetzen. Als die Kommunisten von verschiedenen Seiten zum Heiligengefeld einrückten, kam es erneut zu schweren Zusammenstößen mit der Ordnungspolizei auf der Heeresbahn, auf der Straße Einheitslicher Straße und Hochhausmarkt. Einen Angriff

der Kommunisten, die mit Schusswaffen vorgingen und einen Teil allein mit Handgranaten, antwortete die Polizei mit einer Salve. Zehn Kommunisten wurden tödlich getroffen. Viele Verwundete wurden mitgenommen. Ein Wächter wurde der Schusswaffenbesitzer Eber und ein weiterer Wächter, welcher nach hinten erschossen. Vom Straßfußgebäude aus mußte die Polizei erneut von der Waffe Gebrauch machen, da immer noch Waffen vom Hofen herandrängten, die angreifend vorgingen. Auch hier wurden auch von den Kommunisten tödlich getroffen. Auch in dem Arbeiterviertel Hammerbrook kam es in den Abendstunden zu Feuergefechten mit der Polizei und auch dort wurden mehrere Opfer der Unruhen gemeldet.

In Hamburg herrscht Ruhe.

In Hamburg herrscht Ruhe. Ansammlungen finden nicht mehr statt. Der Belagerungszustand wurde über die Stadt Hamburg und über die preußischen Gebietsteile, die im Wirtschaftsgebiet Hamburg liegen, verhängt. Die Werften von Blohm & Böh und die Vulkan-Werft sind teils geschlossen, teils von schwachen Schußwaffen besetzt. Man glaubt, daß der Besatzungsstand sich wieder angeschlossen werden kann. Auf den letzten Schiffswerften Hamburgs wurden heute überall Besetzungserklärungen abgegeben. In deren Stellung zu den Vorgängen genommen wurde. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen liegen noch nicht vor. Das Organ der Hamburger Kommunisten, die „Hamburger Volkzeitung“, ist noch immer von Schutzpolizisten besetzt und ihr Erscheinen bis auf weiteres verboten. Im übrigen sind nach den neuesten Meldungen nunmehr 20 Todesopfer und etwa 50 schwerere Verwundete zu beklagen. Die Verleumdungen haben sich zum Teil ohne Meldung in ärztliche Behandlung begeben.

Belagerungszustand in Oberschlesien.

Die Interalliierte Kommission in Oppeln hat folgende Bekanntmachung erlassen: Die Bevölkerung Oberschlesiens hat während der Militärsperre Ruhe und Ordnung in maßgebender Weise bewahrt. Große Bevölkerungsgruppen aber haben sich in den südlichen Kreisen zu Aufruhraktionen verhalten, die durch die Ordnung gefährdet werden könnte. Die Interalliierte Regierungskommission, die die Ordnung unbedingt aufrechterhalten, verhängt den Belagerungszustand in den Kreisen Glatz, Glatzer Gebirge, Glatzer Land, Ratiboritz, Glatzer Land und Pless.

Neue Poststreife der Oberschlesier.

Die Glatzer 24. März. (Eig. Deutschnachricht.) Die ober-schlesische Eisenindustrie U. G. B., Rechen- und Hüttenbetriebe in Gleiwitz werden, daß die deutschen Beamten der Interalliierten in Behr, Kreis Reichen, dauern auf das schwerste gefährdet sind. Die Bemühungen der Interalliierten Kommission, ausweichenden Schutz zu erhalten, sind bisher ohne Erfolg geblieben.

Nach den neuesten Meldungen sind die französischen Truppen in Ratiboritz nunmehr vorgezogen, aber nicht, wie man erwartet hatte, gegen die polnischen Banden, sondern gegen die armen und lebenden Häftlinge, die zu hunderten inhaftiert und in Ratiboritz einzeln in Gefängnissen gehalten sind. Die Franzosen sind durch die polnischen Banden, die sich in der Gegend von Gleiwitz und Pless befinden, in ihrer Bewegung behindert. Die polnischen Banden sind nunmehr in Ratiboritz in die Hände der französischen Truppen gekommen. Die polnischen Banden sind nunmehr in Ratiboritz in die Hände der französischen Truppen gekommen. Die polnischen Banden sind nunmehr in Ratiboritz in die Hände der französischen Truppen gekommen.

Am die Handarbeiter der Welt.

ist ein Hilfsrat der deutschen Arbeiter- und Angestelltenverbände gerichtet, in dem von dem barbarischen Terror der polnischen Nationalisten Kenntnis gegeben wird. Zuende leiten von ihren Arbeitsstätten und Wohnungen vertrieben. Gewalttaten und Mordtaten werden gegen die Arbeiterbezirke verübt. Feindselige Behauptungen gegen die interalliierten Sicherheitsbehörden geführt und die Hilfe ausgesprochen, die Regierungen zum Einschreiten zu veranlassen.

Die Invasion im Westen.

In Ausführung der militärischen Sanktionen besetzten die alliierten Truppen mit ihren beschränkten und schwer bewaffneten Truppen, am 22. März, Düsseldorf, Duisburg, und Ruhrort. Posten wurden an die Orisongänge vorgeschoben. Am 10. März wurde von den Alliierten der Hafen von Walsum, 11 Kilometer nördlich Duisburgs, am Tage darauf der Bahnhof Neumühl, 7 Kilometer nordöstlich besetzt. Am 18. März wurden die alliierten Vorkosten am Duisburg 3 bis 6 Kilometer nach Osten bis an Wilhelm und Oberhausen vorgeschoben. Überall sind es kleine Abteilungen, die ohne großes Aufsehen zu erregen, die für die alliierte Einleitung und Abklärung wichtiger Punkte im Kohlen- und im Kupferbergbau in Besitz nehmen. Am 22. März haben die Alliierten den Bahnhofsplan von Oberfeld, 14 Kilometer landwärts im nördlichen deutschen Gebiet besetzt und haben sich dadurch bis auf 13 Kilometer genähert. Nach weiteren Nachrichten scheint auch die Besetzung der Station 7 an der Vereinigung des Dortmund-Ems-Kanals mit dem Rhein-Herne-Kanal mehrere Kilometer nördlich Oberfeld geplant zu sein.

Der Terror Sowjet-Russlands.

Aufset des Ministerpräsidenten der Georgischen Republik. In die Wälder des Westens. Die russische Sowjetregierung hat ihre Maste abgenommen und zeigt nun ihr wahres Gesicht — das eines grausamen Bergewaltigers. Sie war ihr Regiment auf Georgien — anfangs von Armenien und Aserbaidschan und später, am 19. März, unmittelbar von Norden her, und alles dies ohne den geringsten Anlaß, ohne Kriegsgründe und ohne jegliche Warnung. In 2 Wochen von allen Seiten, führt das kleine demokratische Georgien einen Krieg an vier Fronten — ohne jegliche Hilfe von außen. Das gesamte georgische Volk erhebt sich mit einer in der Geschichte noch nicht dagewesenen Begeisterung über ein Mann zur Verteidigung des Landes und gegen die Bolschewisten. Im Laufe von einigen Tagen erzwangen sich G. Georgien in ein richtiges Kriegslager. Die Arbeiterklasse stellte sich an die Spitze der Verteidigung.

aktion. Die Fabriken und Werke wurden geschlossen, da die georgische Arbeiterhaft — bis zum letzten Mann — mit rot in Föhnen an die Front gezogen ist. Die Kämpfe dauerten vom 11. bis 24. Februar und vor Tiflis erlitt der Feind eine schwere Niederlage. Wir nahmen eine Menge Gewehre, Maschinengewehre und Munition, und machten 4000 Gefangene. Aber nach einer Niederlage warf der Feind auf unsere Front gepanzerte Züge und Tanks und legte auf uns neue Truppen. Nachdem wir alle Vitanden zurückgeschlagen hatten, beschloß er sich Tiflis zu räumen, um unsere lebendigen Strafkolonnen zu demarshieren. Das Militär und das gesamte Kriegsmaterial wurde fortgeschleppt, und wir besetzten uns in neuen Stellungen. Zusammen mit unseren Truppen verließen die Stadt sämtliche Arbeiter und ein erheblicher Teil der Bevölkerung. Die früheren Beamten des Jarregimes frohden. Endlose Prostruktionslisten werden aufgelistet. Das georgische Volk beschloß den Kampf mit der bolschewistischen Tyrannie fortzusetzen. In diesem Kampf steht es aber allein! — Auf das Verbrechen, das die Bolschewisten gegen Georgien begehen, möchten wir in besonderen diejenigen aufmerksam machen, die mit ihnen in Europa noch sympathisieren. Vor den Augen der Kulturwelt verströmen die roten Imperialisten einen demokratischen Staat, der ins Leben gerufen und veraltet wurde von Sozialisten. — Es ist bis in den Kampf zwischen Bolschewismus und Sozialismus. Ausland wird geleitet auf der Grundlage des Bolschewismus, wir verwickeln die Grundlage des Sozialismus. Und nun beschließen die Bolschewisten diesen Streit mit Hilfe roher Gewalt zu entscheiden — mit Kanonen und Bajonetten. Die Vernichtung von G. Georgien wäre nicht nur ein Schlag gegen das georgische Volk, sondern auch gegen den Sozialismus. Nur ein energisches und einmütiges Veto der Arbeiterklasse und der Demokratie Europas kann der Moskauer Tyrannie ein Ende machen. Viel der besten Söhne Georgiens sind im Kampf gefallen. Das bringt uns aber nicht zur Verzweiflung. Wir werden den Kampf mit verdoppelter Energie weiterführen. Wir werden unser Leben zum Schutze der Menschlichkeit hergeben, und wir hoffen, daß die Demokratie des Westens uns ihre Hilfe und moralische Unterstützung nicht versagen wird. Mit dieser Hoffnung gehen wir mutig entgegen der Freiheit entgegen, oder in den Tod. Der Vorkämpfer der georgischen Regierung: Kae Jordanis.

Neue russische Offensiv-Gelüste.

„Rote“ Massen bolschewistischer Truppen sind an der polnischen und litauischen Grenze konzentriert. Es erklärte der Kriegsminister von Litauen einem Korrespondenten der in Paris erscheinenden „Chicago Tribune“, „Obgleich die Truppe unter dem russisch-polnischen Vertrag kaum trocken ist, hat die Konzentration der Truppenmassen den Zweck, einen Angriff auf Wilna vorzubereiten. In dieser Richtung sind die Truppen nicht nur in der Gegend von Wilna konzentriert, sondern auch in der Gegend von Minsk. Die Truppen der russischen Bolschewisten sind in der Gegend von Minsk konzentriert. Die Truppen der russischen Bolschewisten sind in der Gegend von Minsk konzentriert. Die Truppen der russischen Bolschewisten sind in der Gegend von Minsk konzentriert.“

Kredit für deutsche Ankäufe in Amerika.

New York, 24. März. Die amerikanische National Bank und die Federal Reserve Bank haben zusammen eine Summe von 30 Millionen Dollars für deutsche Ankäufe in Amerika zur Verfügung gestellt.

Stinnes und Frankreich.

Im „Matin“ sagt Sauerwein, der Augenblick sei nicht schlecht gewählt, um festzustellen, daß, wenn Deutschland heute, es ist völlig durch den Krieg erschöpft, dies weniger bei Stinnes und der Mehrheit der deutschen Jubeltellen der Fall ist, die er an seinen Unternehmungen beteiligt habe. In Deutschland fehlt selbst dem Sanitätsminister die nötigen Mittel, um 90 Zeitungen mit dem dazu gehörigen Druckereien zu kaufen und in Hamburg vier Schiffe vom Stapel laufen zu lassen. Auch Deutscher vergeblich Stinnes nicht. Deutschland als höchstwilliger Schuldner made jetzt schon in Wahrheit den Eindruck einer Stadt ersten Ranges hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Expansion. Die Beamten: als die Deutschen behaupten, daß sie wirtschaftlich schlagen liegen, wenn sie über ihren neuesten Konkurrenten den Sieg davongetragen hätten.

Vorkläufige Regelung der Ortsklassen-Einteilung.

Die Schwierigkeiten, die der einheitlichen Festlegung des Ortsklassenverzeichnisses entgegenstehen, sind lo außerordentlich groß, die zu leistende Arbeit ist lo umfangreich, daß mit einer sofortigen Einbringung der endgültigen Beschlüsse nicht zu rechnen ist. Trotz all. Vorkläufigung wird der Abschluß der Vorarbeiten erst in einigen Wochen möglich sein. Es sollen dann die Besprechungen mit den



